

Pressemitteilung

Kurz-Regierung will lange wirken: Wie die neue Bundesregierung den Wirtschaftsstandort Österreich an Europas Spitze führt

- **Senkung der Körperschaftsteuer entlastet in- und ausländische Unternehmen**
- **F&E-Headquarter Österreich soll von Erhöhung der Forschungsquote profitieren**
- **Stärkung des dualen Ausbildungssystems, um Fachkräftemangel entgegenzuwirken**

Wien, 19. Dezember 2017 – Die neue Bundesregierung unter Sebastian Kurz plant Österreich zum Innovation-Leader und führenden Wirtschaftsstandort Europas zu machen. Das am Samstag vorgestellte Regierungsprogramm enthält zahlreiche Initiativen, die heimische und ausländische Investoren an den Standort Österreich binden sollen.

Senkung der Körperschaftsteuer und der Lohnnebenkosten

Um inländische Unternehmen zu unterstützen beziehungsweise sich im internationalen Wettbewerb um Investoren zu positionieren, hat die neue österreichische Bundesregierung die Senkung der Körperschaftsteuer sowie der Lohnnebenkosten ohne Leistungsreduktion als wichtige Maßnahme bei der Neuordnung der Steuerpolitik auserkoren. Die Höhe der Reduktion steht noch nicht fest, doch soll die Steuer- und Abgabenquote insgesamt auf 40 Prozent gesenkt werden. Dadurch soll bei gleichzeitiger Vereinfachung des Steuerrechts die Eigenkapitalausstattung der in Österreich aktiven Unternehmen verbessert und deren Investitionstätigkeit unterstützt werden. *„Das vorgestellte Regierungsprogramm ist ein wichtiges Signal für den Wirtschaftsstandort Österreich. Neben der Senkung der Körperschaftssteuer und der Lohnnebenkosten, die unsere heimischen Unternehmer entlasten und vermehrt ausländische Investoren anlocken werden, ist die langfristige Sicherstellung von ausreichend Fachkräften ein zentraler Punkt, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern“*, so René Siegl, Geschäftsführer der Betriebsansiedlungsgesellschaft ABA - Invest in Austria.

Duale Ausbildung & qualifizierte Zuwanderung gegen Fachkräftemangel

Im internationalen Wettbewerb spielt vor allem die Verfügbarkeit von ausreichend Fachkräften eine wichtige Rolle. Das Regierungsprogramm sieht daher vor, die international geachtete duale Ausbildung und Facharbeiter-Ausbildung weiterhin auszubauen, z.B. durch eine Schwerpunktbildung in den MINT-Fächern. Ferner soll der österreichische Arbeitsmarkt durch eine qualifizierte, gelenkte Zuwanderung das Potential erhalten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Arbeitszeitregelungen praxisingerecht und nachhaltig gestalten

Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit soll dazu beitragen, dass Unternehmen ihre Ressourcen nach Auftragslage, Steh- oder Leerzeiten anpassen und wettbewerbsfähig investieren können. So wird die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden sowie die wöchentliche Höchstgrenze der Arbeitszeit auf 60 Stunden angehoben; die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden darf jedoch auch in Zukunft nicht überschritten werden.

Gezielte Förderung der unternehmerischen Forschung

Insgesamt soll Österreich auch als F&E-Headquarter für international agierende Unternehmen gestärkt werden. So ist eine jährliche Erhöhung der Forschungsausgaben des Bundes geplant. Das Ziel: Eine Forschungsquote von 3,76 Prozent. Derzeit liegen die Forschungsausgaben bei rund 3,09 Prozent – dies entspricht der zweithöchsten Forschungsquote in Europa. Gleichzeitig soll die bestehende Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie fortgeschrieben werden. Zu ihren Schwerpunkten gehört neben der Umsetzung der Life-Science-Strategie auch die Weiterentwicklung der Mikroelektronikindustrie („Silicon Austria“) sowie die Unterstützung der Automobilzulieferindustrie.

Digitalisierung & Entbürokratisierung

Flankiert werden diese Maßnahmen von einem Bürokratieabbau und der Reduktion von Vorschriften für Unternehmen. So soll beispielsweise die Gewerbeordnung umfassend reformiert und den Bedürfnissen des digitalen Zeitalters angepasst werden. Gleichzeitig soll die Digitalisierung in der Verwaltung ausgebaut werden – durch E-Government verspricht sich die neue Bundesregierung mehr Interaktion von Unternehmen, Bürgern und Verwaltungen. Neben einer Digitalisierung der Verwaltung sollen auch die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Sicherheit zunehmend digital werden und eine moderne Infrastruktur dafür sorgen, dass Österreich zum Vorreiter der Digitalisierung und zur Gruppe der „Innovation-Leader“ aufsteigt.

###

Hinweis für die Redaktion:

ABA - Invest in Austria ist eine im Eigentum des Wirtschaftsministeriums stehende Betriebsansiedlungsgesellschaft. Sie berät interessierte Unternehmen kostenlos bei der Standortwahl, in arbeits- und steuerrechtlichen Fragen, hilft bei der Suche nach Kooperationspartnern und unterstützt im Kontakt mit Behörden. www.investinaustria.at

Kontakt Agentur Hill+Knowlton:

Philipp Kielbassa

Tel. 0049 69 97362 14; E-Mail: philipp.kielbassa@hkstrategies.com

Kontakt ABA - Invest in Austria:

Opernring 3, 1010 Wien, Österreich

Hanni Grassauer

Tel. 0043 1 588 58 57, E-Mail: h.grassauer@aba.gv.at

Franziska Bauer

Tel. 0043 1 588 58 19; Mobil: 0043 676 640043 31, E-Mail: f.bauer@aba.gv.at